LATEINAMERIKA 12.10.2026 | Mariana Altieri

Falsche Freunde

Trump will China aus dem Südatlantik verdrängen. Milei macht mit und hofft auf Unterstützung im Streit um die Malwinen – wohl vergeblich.

Fast ein halbes Jahrhundert lang war der Südatlantik das, was die brasilianische Forscherin Adriana Erthal Abdenur einen „strategischen Hinterhof" nannte: Ein Raum, der außerhalb der Rivalität der Großmächte blieb und seinen Status als Friedenszone und atomwaffenfreie Zone festigen konnte. Diese Ära geht nun zu Ende.

Dabei verlaufen gleich zwei Prozesse parallel zueinander und beeinflussen sich gegenseitig: zum einen die Ausweitung der Nutzung natürlicher Ressourcen, vor allem der Fischerei, zunehmend aber auch von Kohlenwasserstoffen und Mineralien; zum anderen die enge Ausrichtung der meisten südamerikanischen Staaten an der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der USA. Besonders zwei Aspekte verdienen hier besondere Beachtung: Argentiniens enge Kooperation und die bedingungslose Anlehnung der Regierung Milei an die Vereinigten Staaten, einschließlich des Beitritts zum *Shield of the Americas* – dem „Schild der Amerikas" –, sowie die Aussicht auf den Beginn der Offshore-Ölförderung im Nord-Malwinen-Becken.

Die geplante Ölförderung verdient eine genauere Betrachtung, denn die Förderlizenzen wurden von der Kolonialregierung der Islas Malvinas – oder „Falklandinseln", wie die Briten sie nennen – vergeben. Damit verstößt sie allerdings gegen die Resolution 31/49 der Vereinten Nationen von 1976, die das Vereinigte Königreich als Verwaltungsmacht dazu verpflichtet, im Gebiet keine einseitigen Veränderungen vorzunehmen, solange der Souveränitätsstreit ungelöst bleibt. Man muss sich dafür in Erinnerung rufen, dass die Malwinen aus Sicht des UN-Sonderausschusses für Entkolonialisierung (C24) ein Gebiet sind, dessen Dekolonisierung noch aussteht. Der Souveränitätsstreit ist im Einklang mit dem Recht Argentiniens auf territoriale Integrität (Resolution 2025) zu lösen, denn die Inseln wurden 1833 vom Vereinigten Königreich völkerrechtswidrig besetzt, wobei es die argentinischen Behörden und die bereits dort ansässige Bevölkerung vertrieb. Seither fordert Argentinien unablässig ihre Rückgabe und hat die koloniale Besetzung nie akzeptiert.

Die Auseinandersetzung um die Malwinen ist dabei Teil eines größeren Bildes. Denn warum gewinnt der Südatlantik gerade jetzt an strategischer Bedeutung? Vier Eigenschaften machen ein Meer – dem britischen Marinestrategen Geoffrey Till zufolge – zu einem geopolitischen Raum: Es ist Ressource, Medium für Transport und Austausch, Medium für Information und die Verbreitung von Ideen sowie Medium der Herrschaft. Bis vor drei Jahrzehnten spielte der Südatlantik in allen vier Hinsichten eine untergeordnete Rolle. Heute steht er mindestens in dreien weit oben. Das bedeutendste davon: die strategischen natürlichen Ressourcen.

Als Rohstoffquelle liefert der Südatlantik Nahrung und Energie sowie strategische Mineralien und Seltene Erden.

Als Rohstoffquelle liefert der Südatlantik Nahrung (lebende Meeresressourcen) und Energie (Offshore-Kohlenwasserstoffe) sowie strategische Mineralien und Seltene Erden auf dem Meeresboden (polymetallische Knollen und Eisen-Mangan-Krusten). Besonders die Fischgründe haben weltweit an Bedeutung gewonnen, da die asiatischen Fanggebiete erschöpft sind. Zugleich wächst die Fähigkeit der Region, Offshore-Kohlenwasserstoffe zu fördern, und zwar sowohl auf dem amerikanischen als auch auf dem afrikanischen Festlandsockel. Tatsächlich entfallen auf das Atlantikbecken im weiteren Sinne mehr als 4 Prozent der weltweit nachgewiesenen Ölreserven. Diese Ressourcen waren zwar „schon immer“ da, heute beeinflussen sie jedoch den geostrategischen Wert des See-Raums, weil der technologische Fortschritt sie zugänglich gemacht hat und weil die Großmächte ihren Wettbewerb um die Kontrolle über ihre Verfügbarkeit verschärfen. Bezieht man zudem die Erkundung von Mineralvorkommen in der Antarktis ein, deren Umweltprotokoll ab 2048 überprüft werden kann, wird das Bild noch komplexer.

Bei der Offshore-Förderung von Kohlenwasserstoffen erlebt der atlantische Rand Südamerikas derzeit den weltweit größten Boom. Brasilien ist mit mehr als 4,6 Millionen Barrel pro Tag zum fünftgrößten Offshore-Produzenten der Welt aufgestiegen. Hinzu kommt Guyana, ein kleines Land am Übergang zum Nordatlantik. Nachdem ExxonMobil im Stabroek-Block riesige Vorkommen entdeckt hatte, stieg das Land in kurzer Zeit vom Nichtförderer zur Ölmacht auf.

Vor diesem Hintergrund rückt die politisch brisante Erschließung der Kohlenwasserstoffvorkommen im Nord-Malwinen-Becken in den Fokus. Geplant für 2028, beruht sie auf den bereits erwähnten, umstrittenen Lizenzen und wird von den Vereinten Nationen als möglicher Verstoß gegen das Völkerrecht verstanden. Das Projekt *Sea Lion* betreibt das israelische Unternehmen Navitas Petroleum, Minderheitspartner ist das britische Unternehmen Rockhopper. Erwartet wird eine Spitzenproduktion von rund 180 000 Barrel pro Tag. Dies hat in der argentinischen Regierung ernste Bedenken ausgelöst; sie ist von ihrer bisherigen Kooperationspolitik gegenüber dem Vereinigten Königreich abgerückt und verhängt nun Sanktionen gegen Unternehmen, die in dem Gebiet illegal tätig sind – wie es die nationale Gesetzgebung vorschreibt.

Hinzu kommt der politische Kontext: Die Regierung von Javier Milei richtet sich eng an Donald Trump aus, Argentinien ist dem „Schild der Amerikas“ beigetreten, und Buenos Aires kommt dem Wunsch der US-Regierung nach einer Präsenz in Ushuaia, der Hauptstadt Feuerlands, entgegen. Feuerland liegt strategisch günstig mit Blick auf die Antarktis und die Magellanstraße, die den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean verbindet. Vor diesem Hintergrund ist auch der Vorstoß der Regierung zu sehen, Sanktionen durchzusetzen, die das argentinische Recht ohnehin vorsieht, deren Umsetzung sie zuvor aber verzögert hatte. Verständlich wird das vollends durch Trumps Äußerungen über eine mögliche Überprüfung der amerikanischen Neutralität im Souveränitätsstreit. Diese zielten darauf ab, die britische Regierung im Rahmen der NATO zu höheren Verteidigungsausgaben zu drängen.

Vorrangiges Ziel der US-Regierung ist es, Chinas Präsenz in dem zu begrenzen, was sie als ihre Einflusssphäre betrachtet.

Vorrangiges Ziel der US-Regierung ist es, Chinas Präsenz in dem zu begrenzen, was sie als ihre Einflusssphäre betrachtet. Das wird jedoch zunehmend schwierig, selbst bei wohlgesinnten Regierungen in der Region. An beiden Ufern des Südatlantiks verbindet China Fischerei, Energie und Hafeninfrastruktur. Jedes Jahr sind zwischen 400 und 600 Schiffe seiner Hochseefischereiflotte im Südwestatlantik unterwegs; nach Angaben von *ODI Global* gehören sie zu einer weltweiten Flotte von mehr als 16 000 Schiffen. Der Fangaufwand soll zwischen 2019 und 2024 um 85 Prozent gestiegen sein, und Montevideo bleibt das logistische Drehkreuz des gesamten Betriebs. Auf afrikanischer Seite stellen chinesische Schiffe seit Jahren den größten Anteil der erfassten Hochseefischerei. Dort kommt das Öl

hinzu: Vier der fünf wichtigsten historischen Öllieferanten Chinas in Afrika liegen im Atlantikbecken: Nigeria, Angola, die Republik Kongo und Äquatorialguinea.

Vor diesem Hintergrund hat China erheblich in Hafeninfrastruktur investiert und versucht, dieses Modell auf der südamerikanischen Seite zu kopieren – wenn auch in kleinerem Maßstab. So erwarb Chinas Merchants Port für knapp eine Milliarde Dollar 90 Prozent der Anteile an TCP, dem Betreiber von Paranaguá, Brasiliens zweitgrößtem Hafen. Chinas Bewerbung um einen Hafen in Ushuaia, der strategisch in Richtung Antarktis weist, scheiterte hingegen an Trumps direktem Eingreifen, indem er seinen Einfluss auf die Regierung Milei geltend machte.

Hier lohnt sich ein Blick auf die politische Landschaft. Von den drei südamerikanischen Staaten am Südatlantik ist Argentinien, das die südlichste Küste hat und strategisch Richtung Antarktis ausgreift, mit Washington verbündet. Uruguay wird von einer Mitte-links Regierung geführt. Sein Hafen Montevideo dient als Logistik- und Versorgungsdrehscheibe für die, überwiegend chinesischen, Hochseefischereiflotten, die an der „Meile 201“ unmittelbar jenseits der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone Argentiniens operieren. Brasilien schließlich hat die längste Küste der Region und investiert seit Jahren in die Modernisierung seiner Marine, darunter Programme für konventionelle sowie für ein atomgetriebenes U-Boot. Das Land steht vor einer Wahl: Entweder die Regierung von Lula da Silva bleibt im Amt, die auf strategische Autonomie und eine Orientierung am Globalen Süden setzt, oder es kommt zu einem Kurswechsel zugunsten von Flávio Bolsonaro. Dieser gilt in der Stichwahl als klarer Favorit, erhält starke Unterstützung aus dem Weißen Haus und hat unter anderem versprochen, Brasilien in den „Schild der Amerikas“ zu führen.

Ein solcher Kurswechsel Brasiliens würde die Verfestigung einer US-geführten Sicherheitsarchitektur bestätigen, die Rivalität mit China weiter verschärfen und damit den Wettbewerb um die Ressourcen im Südatlantik anheizen. Äußerst unwahrscheinlich ist dagegen, dass sich die Haltung der amerikanisch-britischen Allianz ändern könnte, so naiv Milei auch auf etwas anderes hoffen mag. Argentiniens Widerstand gegen die Ölförderung vor den Malwinen wird daher ein einsamer Kampf bleiben, denn das Thema spielt in Trumps strategischem Kalkül keine Rolle. Der Südatlantik, einst ein strategisches Abseits, wird so zu einem echten globalen Brennpunkt.



Mariana Altieri
Buenos Aires

Mariana Altieri ist geopolitische Analystin; Inhaberin des Lehrstuhls für Internationale Konflikte (Seminar) an der Universität Buenos Aires (UBA) und Präsidentin der *Fundación Meridiano*.